



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die deutsche Universitäts-Entwicklung in den letzten fünfzig Jahren.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

dieses dritten Systems der Feuerversicherung beseitigt werden: die Einengung des Geschäftsbetriebs auf beschränktem Gebiete, wodurch das Risiko unverhältnismäßig hoher Brandschäden ermöglicht wird. Die damit verbundene Gefahr zu hoher Beiträge hat bisher viele Versicherungsnehmer vom Beitritt zu den Sozietäten abgehalten. Je mehr die Geschäfte der Versicherung gegen elementare Schäden örtlich ausgedehnt sind, umso mehr verringert sich die Höhe der Gesamtschäden durch gleichmäßige Verteilung der Verluste, und in demselben Maße reduzieren sich die zur Deckung der Schäden notwendigen Prämien.

Mit dieser Landesfeuerkasse, wie sie schon den preussischen Gesetzgebern des vorigen Jahrhunderts vorschwebte, wird auch nichts neues geschaffen, sondern nur die schon bestehenden alten, notwendigen Institute durch eine zeitgemäße Reform verbessert und zur Erfüllung ihrer Aufgabe fähiger gemacht. Sie tritt frei von allen Konzessionen in freie Konkurrenz mit den schon bestehenden Gesellschaften, deren Versicherungsbedingungen mit den ihren auf gleichen Normen beruhen, und welche wie sie von der Öffentlichkeit und dem Staate kontrollirt werden. Von ihrem Zentralsitze aus leitet sie die Direktionen in den Landes- oder Provinzial-Hauptstädten. Aus den Amtsstuben der Bürgermeister und Ortsvorsteher müssen die Geschäfte der Landesfeuerkasse in spezielle Reichsversicherungsämter verlegt und von jeder bürokratischen Schablone befreit werden. In diese darf auch kein bürokratischer Zopfgeist einziehen, sondern in ihnen soll eine frische, freie, individualisirende Verwaltung unter fachmännisch geschulten Beamten herrschen, gleich denen der Post oder der Reichsbank. Der freie Wettkampf wird zeigen, auf welcher Seite die Gunst des Publikums steht und welchem von den jetzt herrschenden drei Systemen des Versicherungsgeschäftes die Zukunft gehört.



Die deutsche Universitäts-Entwicklung in den letzten fünfzig Jahren.



on dem vielgenannten französischen Nationalökonom Paul Leroy-Beaulieu rührt die Behauptung her, daß die Berufe, welche Universitäts- oder höhere Schulbildung voraussetzen, die Tendenz zeigen, immer niedriger bezahlt zu werden, eine Erscheinung, welche er auf die große Konkurrenz infolge der Verallgemeinerung der Bildung zurückführt. So sonderbar das klingt, so ist man gegenüber der Zunahme des Universitätsstudiums in Deutschland während der letzten fünfzig Jahre

in der That geneigt, zu glauben, daß eine Überproduktion mit den erwähnten Folgen auch bei uns im Anzuge sei. Daß die gewerblichen und kommerziellen Berufsarten überfüllt sind, ist keine neue Klage — daß die liberalen Professionen ebenfalls davon bedroht seien, nahm man bisher nicht allgemein an, und doch scheint gleichwohl Anlaß genug zu solcher Befürchtung vorhanden. Von Professor Conrad in Halle, einem als Nationalökonom und Statistiker gleich angesehenen Universitätsgelehrten, ist diese Gefahr neuerdings zum Gegenstande eingehendster Untersuchungen*) gemacht worden, deren Hauptergebnisse wegen des allgemeinen Interesses, das sich an sie knüpft, wohl verdienen, in weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Auf sämtlichen deutschen Universitäten hat im Laufe von hundert Semestern, von 1833/34 bis 1883, die Zahl der Studenten von 13097 bis auf 25084 zugenommen, oder, um Mittelzahlen zu geben, von 11784 im Durchschnitte der zehn Semester 1833/34 bis 1838 auf 22003 im Durchschnitte der zehn Semester 1878/79 bis 1883. Besonders seit 1860 hat die Steigerung der Frequenz begonnen, und nach 1870 einen solchen Geschwindschritt angeschlagen, daß in 22 Jahren, von 1860 bis 1883, sich die Zahl verdoppelte. In jedem Semester vermehrten sich die Studenten um einige hundert Köpfe, und namentlich seit 1877/78 ging die Zunahme so stark vor sich, daß sie den Eindruck hervorruft, „als ob in jedem Semester eine Universität wie Straßburg neu begründet worden wäre.“ Eine ähnliche Hochflut wurde vor mehr als fünfzig Jahren beobachtet — im Wintersemester 1830/31. Während unmittelbar nach den Freiheitskriegen der Besuch der Universitäten äußerst schwach gewesen war, drängten sich in den zwanziger Jahren so viele Lernbegierige heran, daß ihre Zahl bis zum genannten Semester auf 15751 stieg, freilich um sich schon in den nächsten Jahren wieder merklich zu verringern. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung waren im Wintersemester 1830/31 ebensoviele Studenten wie im Wintersemester 1882/83 immatrikulirt — 52,5 auf 100 000 Einwohner. Faßt man aber die Durchschnittszahlen ins Auge, so gab es in den letzten zehn Semestern durchschnittlich 49 Studenten unter 100 000 Einwohnern gegenüber 38 vor fünfzig Jahren.**)

Diese Zunahme ist natürlich nicht in allen Fakultäten gleichmäßig gewesen. Im Gegenteil nimmt man wahr, daß im Laufe der Zeit die einzelnen Wissenszweige an der Gesamtzahl aller Studirenden sich sehr verschieden beteiligt zeigen. Während vor fünfzig Jahren unter 100 Studenten 27 Juristen, 21 Mediziner,

*) Das Universitätsstudium in Deutschland während der letzten fünfzig Jahre. Jena, Gustav Fischer, 1884. VI, 243 S. und mehrere kartographische Tafeln.

**) Im folgenden ist, wo nichts andres gesagt ist, immer der Durchschnitt aus den zehn Semestern 1878/79 bis 1883 dem aus den zehn Semestern 1833/34 bis 1838 gegenübergestellt, was, um es nicht beständig im Texte wiederholen zu müssen, hier ein- für allemal bemerkt sei.

23 evangelische und 9 katholische Theologen und 20 sogenannte Philosophen waren, setzt sich gegenwärtig die alma mater aus 24 Prozent Juristen, 21 Prozent Medizinern, 12 Prozent evangelischen, 3 Prozent katholischen Theologen und 40 Prozent Philosophen zusammen. Demnach hat sich die Zahl der Theologen und Juristen verringert, die Zahl der Mediziner ist gleich geblieben und die der Philosophen gestiegen. Übrigens ist dieses Ergebnis nicht die Folge eines regelmäßigen Steigens oder Fallens, sondern es treten in den einzelnen Fakultäten beträchtliche Schwankungen auf. Die Juristen betragen zuweilen schon 34 Prozent aller Studirenden, und die Zahl der Theologen zeigt bald Zunahme, bald Abnahme.

Eine Fakultät hat an der geistigen Überproduktion keinen Teil — die theologische. Die Zahl der evangelischen Theologen hat sich von 2674 auf 2569, die der katholischen von 1031 auf 696 gemindert, ja es gab sogar Perioden, wo die Zahl der ersteren wenig über 1600 im Semester hinausging, so 1850 bis 1853/54 und 1874/75 bis 1878. Während vor fünfzig Jahren auf 100 000 Einwohner 9 evangelische und 3 katholische Theologen kamen, sind es jetzt deren nur 6 und $1\frac{1}{2}$, und diese Zahlen würden noch niedriger ausfallen, wenn nicht in den letzten Semestern ein bemerkenswerter Aufschwung eingetreten wäre. Nachdem nämlich im Wintersemester 1876/77 die Zahl der evangelischen Theologen auf 1539 gesunken war, sodaß statt der 16 Theologie Studirenden auf 100 000 protestantische Einwohner am Anfang der dreißiger Jahre nur 7 am Ende der siebziger Jahre kamen, vollzog sich eine erfreuliche Wendung. „Es ist, wie Professor Conrad sich ausdrückt, als ob die Jugend plötzlich erschrocken wäre über den exorbitanten Rückschritt und mit einemmale versucht hätte, den Ausfall auszugleichen.“ Vorübergehend war durch diese Erscheinung ein Mangel an Geistlichen, wenn auch nicht in allen Teilen Deutschlands, hervorgerufen. Gegenwärtig ist indes der Bedarf gedeckt, die frühere Sorge um den Nachwuchs ist gegenstandslos geworden, ja es ist sogar auf diesem Gebiete in nächster Zeit eher eine Überfüllung zu vermuten.

Die zeitweilige Verminderung der Theologen beruhte auf verschiedenen Ursachen. Die große Rolle, welche in früheren Jahrhunderten die theologische Fakultät an den Universitäten spielte, spielt sie heute nicht mehr. Galt es früher als eine besondere Ehre, dieser Fakultät anzugehören — ließen sich doch Philosophen und Philologen bei ihr einschreiben —, so hat sich diese Tradition mit der Zeit verloren. Weiter schreckte der unzulängliche Gehalt an den meisten Pfarren, „von denen eine große Zahl wahre Hungerlöhne gewährte,“ viele ab, sowie auch nach der Auffassung der deutsch-evangelischen Kirchenkonferenz in Eisenach vom Jahre 1874 „die Unzulänglichkeit der vorhandenen Unterstützungsmittel für die Gymnasialvorbildung und die Subsistenz der Theologie Studirenden auf den Universitäten“ von Einfluß war. In der That weist Conrad wenigstens für Halle nach, daß Söhne von Handwerkern und Bauern relativ

seltener als früher sich dem Studium der Theologie widmen. Neben diesen äußern Gründen haben der allgemein weniger rege kirchliche Sinn der gebildeten sowohl als der untern Klassen, der sich schon auf den Schulen breitmachende skeptische Zeitgeist, in Preußen auch die intolerante Haltung der obersten Kirchenbehörde, welche die Geistlichen für jede Abweichung vom Dogma mit rigoröser Strenge zur Verantwortung zog, zu der Verminderung beigetragen. Daß dann in den letzten Jahren sich wieder ein lebhafter Andrang zum theologischen Studium gezeigt hat, erklärt sich aus dem „konservativen Zuge, der unzweifelhaft über unser Vaterland hingehet, aus der Reaktion gegen die Unkirchlichkeit der letzten Dezennien, in der man die Hauptquelle der sozialdemokratischen, roh materialistischen Revolutionsbewegung unsrer Zeit in den untern Klassen sieht.“

In der Juristenfakultät hat die Zahl der Studenten sich von 3235 auf 5245 gehoben, d. h. während früher auf 100 000 Einwohner 10,4 Studierende kamen, werden gegenwärtig 11,6 gerechnet. Von der gesamten Universität machten die Juristen vor fünfzig Jahren 27 Prozent, jetzt 24 Prozent aus. Gerade in diesem Wissenszweige sind sehr erhebliche Schwankungen zu registrieren. Wenn auch die Maximalziffer von 5426 Juristen im Sommersemester 1883 noch nie vorher erreicht war, so kommt, abgesehen vom letzten Jahrzehnt, wo die Frequenz eben im Steigen begriffen ist, schon in den dreißiger Jahren ein ähnlicher Andrang vor. Im Wintersemester 1830/31 studierten 4551 Juristen, d. h. etwa 15 auf 100 000 Einwohner, ein Verhältnis, hinter welchem die Gegenwart glücklicherweise zurückbleibt. Das heutige Verhältnis ist dasselbe, wie es sich im Durchschnitt der Semester 1846/47 bis 1856 zeigt. Dann sank die Zahl der Juristen bis auf 4000—4100, d. h. 7,4 auf 100 000 Einwohner, hatte im Kriegsjahre 1870/71 einen sehr niedrigen Stand mit 2535, und ging dann schnell bis zu der namhaft gemachten Höhe empor.

Exakte Untersuchungen über die Zahl der Studenten, welche ihre Examina absolvieren und es bis zu einer ihren juristischen Kenntnissen entsprechenden Stellung bringen, sowie über den Bedarf des Staates an juristisch gebildeten Persönlichkeiten lassen sich für das deutsche Reich nicht anstellen. Für Preußen gelangt Professor Conrad dazu, eine „kaum dagewesene Überfülle“ anzunehmen, denn seit 1876/80 stehen einem jährlichen Angebote von etwa 300 erledigten Plätzen 354 Aspiranten, seit 1880 mehr als 500 gegenüber. Diesem Übelstande könnte natürlich eine Verschärfung der Prüfungsbedingungen am zweckmäßigsten abhelfen. Es müßte das Quadriennium eingeführt und auf diese Weise z. B. dem Studium der Nationalökonomie und Statistik ein breiterer Raum gegönnt werden, als es bisher wenigstens in Preußen der Fall war.

Die Zahl der Mediziner stieg in fünfzig Jahren von 2508 auf 4563, d. h. von 8 Studenten unter 100 000 Einwohnern auf 10, eine Zunahme, die wohl als eine mäßige bezeichnet werden darf. Die Nachfrage nach ärztlicher Für-

sorge ist jetzt eine größere als vor Jahrzehnten. Dazu kommt, daß der Ruf unserer Gelehrten gerade unter den Medizinern eine wachsende Zahl von Ausländern anlockt, die nach Absolvierung ihrer Studien in Deutschland in die Heimat zurückkehren. Gegenwärtig stammen 7 Prozent aller Mediziner aus dem Auslande. Während der letzten Semester hat übrigens auch die medizinische Fakultät einen lebhaftern Zuspruch erfahren. Im Sommersemester 1882 studierten 5280, dann 5539, im Sommersemester 1883 sogar 6172 Mediziner, d. h. 11—11,5 auf 100 000 Einwohner. Die Bedarfsfrage stellt sich infolge dessen so, daß während in den letzten zehn Jahren auf die 13144 Ärzte im deutschen Reiche (im Jahre 1879) durchschnittlich 3360 Studenten der Medizin kamen, d. h. auf 100 Ärzte 25 Studirende (nach Abzug der Ausländer), in der Zeit von 1881/82 diese Zahl auf 35 gestiegen ist. Da es indes fraglich ist, inwieweit die vorhandene Zahl von Ärzten dem Bedürfnis entspricht, so brauchen Besorgnisse wegen Überfüllung bis jetzt kaum gehegt zu werden.

Die stärkste Zunahme der studirenden Jugend weist die philosophische Fakultät auf, denn die Zahl ihrer Mitglieder stieg von 2336 auf 8930, oder von 8 Studenten unter 100 000 Einwohnern auf 20. Sie umfaßt gegenwärtig 40 Prozent aller Studirenden, während sie vor fünfzig Jahren nur 20 Prozent derselben einschloß. Wie man weiß, birgt diese Fakultät sehr heterogene Wissenszweige, deren Zunahme keine gleichmäßige war. Der Stand des Jahres 1841 — weiter zurückgehen gestatten die Quellen nicht — zeigt 68,2 Prozent Philosophen, Philologen, Historiker, Naturwissenschaftler und Mathematiker, 10,5 Prozent Kameralisten und Landwirte, 6,3 Prozent Forstwirte, 10 Prozent Pharmazeuten und 5 Prozent Technologen. Im Jahre 1881 dagegen ist die erste Gruppe mit 84,4 Prozent vertreten; auf die Kameralisten und Landwirte fallen 5,9, auf die Forstwirte 1,9, auf die Pharmazeuten 7,4, auf die Technologen 0,14 Prozent. Die gewaltige Steigerung der Frequenz der philosophischen Fakultät ist also auf die Hauptfächer derselben zurückzuführen. Bei weiterer Trennung dieser in die beiden Gruppen der Philosophen, Philologen und Historiker einerseits, sowie der Naturwissenschaftler, Mathematiker und Geographen andererseits fällt der Löwenanteil der Zunahme auf die letztere. Setzt man die durchschnittliche Zahl der Studirenden in den Semestern 1836 bis 1845 gleich 100, so wuchs bis 1881/1882 die Zahl der Philologen und Historiker auf 275, die der Naturwissenschaftler und Mathematiker auf 1007, die der Studenten in den übrigen Fächern auf 151, die aller Mitglieder der philosophischen Fakultät auf 305. Die enorme Bedeutung, welche die Naturwissenschaften in der modernen Kulturentwicklung gewonnen haben, erhellt hieraus zur Genüge. Namentlich solche, die sich einst dem Lehrfache widmen wollen, sind in diese Fakultät eingetreten, und eben deswegen beklagt man gerade bei diesem in neuerer Zeit eine gewisse Überfüllung.

Hinter der zunehmenden Frequenz der Universitäten ist der Besuch der technischen Hochschulen in seinem Wachstum nicht zurückgeblieben. Von 3588 in der Periode 1868/72 ist die Zahl der Studirenden an sämtlichen deutschen Hochschulen auf 5062 in der Periode 1877/78 bis 1881/82 gestiegen. Die Gründerperiode insbesondere trug zur Steigerung bei, denn in der Periode 1872/73 bis 1876/77 gab es durchschnittlich 6039 Studirende. Dagegen betrug der Durchschnitt der Semester 1881/82 nur 4226. Eine Vergleichung der Frequenz beider Institute, der Universitäten und der technischen Hochschulen, lehrt, daß die der erstern stärker zugenommen hat. Setzt man die Frequenz der Semester 1868/69 gleich 100, so stieg dieselbe bis 1881/82 bei den Universitäten auf 169, bei den technischen Hochschulen auf 126. Allerdings wies der Durchschnitt der Jahre 1876/77 bei den letztern bereits eine Steigerung auf 196 nach, während bei den Universitäten ein Rückschlag zu Tage trat.

Es versteht sich von selbst, daß neben den Lernenden die Zahl der Lehrenden an den Universitäten sich ebenfalls erheblich vergrößern mußte. So ist denn auch die Zahl derselben, die im Jahre 1835 sich auf 1186 bezifferte, bis zum Jahre 1880 auf 1809 gewachsen, d. h. während in der ersten Periode auf einen Dozenten noch nicht ganz 10 Studenten kamen, hatte in der letzten ein Dozent 12 Zuhörer im Durchschnitt. Conrad hält diese Zunahme für eine der Studentenfrequenz entsprechende, indes scheint, sofern es überhaupt möglich ist, aus dieser Durchschnittsziffer Schlüsse zu ziehen, auch eine andre Auffassung gestattet. Hätte man die Möglichkeit, die Lehr- oder Lernmasse zu überblicken, d. h. die Zahl der Vorlesungen, Übungen u., die gehalten werden, worauf der Verfasser wegen den entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht hat eingehen können, so würde sich vielleicht ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der Dozenten und ihren Leistungen herausstellen. Auf die Übungen, Seminare, Kollegien u. dgl. m. pflegt der moderne Universitätsunterricht mit Recht großes Gewicht zu legen, und bei diesen muß ein größerer Zudrang notwendigerweise die Wirksamkeit des Unterrichts beeinträchtigen. Dazu kommt, daß der Durchschnitt von 12 Studenten auf einen Dozenten die bei den einzelnen Fakultäten oder Wissenschaften vorhandenen Differenzen nicht andeuten kann.

So kam in der philosophischen Fakultät im Jahre 1835 ein Dozent auf 4,53, im Jahre 1880 auf 8,72 Zuhörer, in der juristischen Fakultät auf 18,73, dann auf 26,25 Zuhörer. Oder nennen wir, was eigentlich richtiger ist, nur die Zahl der ordentlichen Professoren, da die außerordentlichen und die Privatdozenten in der Regel zu festen Leistungen nicht verpflichtet sind, so kommt in der philosophischen Fakultät im Jahre 1835 ein ordentlicher Professor auf 8,67, im Jahre 1880 auf 17 Studenten, in der juristischen Fakultät früher auf 33,38, jetzt auf 36,60, in der medizinischen Fakultät früher auf 18,04, jetzt auf 19,25, in der theologischen (evangelischen) endlich im Jahre 1835 auf 37,38, im Jahre 1880 auf 20,43 Studenten. Der relativ günstige Durchschnitt entspringt somit

aus dem Ueberschuß von Professoren in der theologischen und dem Mangel derselben in andern Fakultäten. Scheint in der medizinischen Fakultät die Errichtung neuer Lehrstühle mit der Entwicklung der Wissenschaften und der Zunahme der Studenten Schritt gehalten zu haben, kommt es ferner bei den juristischen Vorlesungen im allgemeinen, da Übungen in dieser Fakultät zu den seltenern Vorkommnissen gehören, auf eine Erhöhung der Durchschnittszahl der Studenten nicht an, so lassen die Zahlen der philosophischen Fakultät doch auf ein Mißverhältnis schließen. Bei ihr ist augenscheinlich die Fürsorge für Beschaffung neuer Katheder, dem Entwicklungsstande der betreffenden Wissenschaften gemäß, weniger lebhaft gewesen. In der That zeigen gerade die zu ihr gerechneten Wissensgebiete trotz der nicht zu leugnenden Entwicklung manche Lücken. Die Zahl der Professoren für Kunstgeschichte, romanische Philologie, Geographie, Nationalökonomie und Statistik u. könnte größer sein. Vielleicht erklärt es sich aus diesen Verhältnissen, daß die Zahl der Privatdozenten relativ gleich geblieben ist. Sie betrug im Jahre 1835 24,79, im Jahre 1840 26,9, im Jahre 1865 24,57, im Jahre 1875 26,9, im Jahre 1880 25,37 Prozent aller Universitätslehrer.

Es fragt sich nun, inwieweit die nachgewiesene Zunahme des Universitätsstudiums als erfreuliches Zeichen eines erweiterten Bildungstrebens anzusehen sei. Conrad führt den Aufschwung zum kleinsten Teile auf den Idealismus der Jugend zurück; vielmehr sieht er ihn begründet in der bevorzugten sozialen Stellung der Studirten bei uns, der zu Liebe mancher auf pekuniäre Vorteile verzichtet; in der Verallgemeinerung der klassischen Bildung und Verbreitung der höheren Bildungsanstalten; endlich in der wirtschaftlichen Depression, die in letzter Zeit den Landwirt, den Kaufmann, den Handwerker u. s. w. darauf bedacht sein ließ, seine Söhne dem eignen ungewissen Erwerbzweige zu entziehen und dem Studium zuzuführen. Demgemäß erwartet er eine Abhilfe namentlich von einer Reorganisation des Schulwesens, welche die Zahl der Gymnasien und gelehrten Schulen reduzieren, die der lateinlosen Real- und Mittelschulen vermehren soll; von einer Erhöhung des Schulgeldes in den Gymnasien, um den Strom von diesen abzuleiten und mit den Einnahmen die Kosten derselben decken zu können, damit die gegenwärtig denselben gewährten hohen Unterstützungen für andre Schulen frei werden; endlich von einer Änderung der Bedingungen der Vorbildung, wie sie für die Berechtigung zum einjährigen Dienst und für die Staatsämter aufgestellt sind. Da für viele Zweige erst das Reifezeugnis der höhern Schule den Zugang eröffnet, da man ferner mit dem Maturitätszeugnis einer Bürgerschule oder dem Primanerzeugnis einer Realschule dasselbe erreicht wie durch den Besuch der Sekunda eines Gymnasiums oder Realgymnasiums, so ziehen es die Eltern jetzt vor, ihre Kinder den höchsten Schulen zu übergeben, um ihnen alle Wege für die Zukunft offen zu halten.

Ohne Zweifel treten uns in diesen Ansichten höchst beachtenswerte Vorschläge entgegen, die viel für sich haben und in ernste Diskussion gezogen werden sollten. Gleichwohl scheint die Begründung der Zunahme des Universitätsstudiums nicht durchgängig einleuchtend, und namentlich der Einfluß der wirtschaftlichen Depression fraglich. Conrad sagt freilich selbst von dieser, daß sie nicht so durchgreifend wirke wie die andern, und legt ihr somit kein großes Gewicht bei, wir sind aber geneigt, eine Wirkung derselben ganz zu leugnen. Wenn dieselbe am Ende der siebziger Jahre vorhanden gewesen ist und sich vielleicht bis in den Anfang dieses Jahrzehnts hinein erstreckt hat, seit 1881/82 kann man von ihr nicht mehr reden, gerade die letzten vier bis fünf Semester weisen die kolossale Steigerung in der Zahl der Studenten auf. Sollte nicht aus dieser Zunahme vielmehr gefolgert werden dürfen, daß dem größern Teile der Bevölkerung die Mittel zum Unterhalt der Söhne auf den Universitäten in reichlichem Maße zur Verfügung stehen, von einer Notlage der Eltern also kaum gesprochen werden kann? Die auf den Universitäten vorhandenen Stipendien sind ja nicht so zahlreich, daß sie die jungen Leute geradezu anlocken. Es ist sehr zu bedauern, daß nicht auch der Beruf der Väter unsrer studirenden Jugend hat ermittelt werden können. Sollten die Hallischen Erfahrungen, daß in neuerer Zeit der Zuzug aus den untern Klassen gestiegen sei, für die andern Universitäten gleichfalls zutreffen, so spräche das mehr für unsre Auffassung als gegen dieselbe. Die untern Klassen beginnen ein Interesse für höhere Bildung erst dann zu bekunden, wenn sie ein gewisses wirtschaftliches Niveau erreicht haben und nicht mehr in hartem Kampfe die Mittel für das Alltägliche erwerben müssen. Sind sie in der Lage, bei leidlichem Auskommen die Unterhaltungskosten für die Söhne auf den Universitäten mit bestreiten zu können, und unterziehen sie sich dem gern, so ist das gewiß ein Symptom idealistischer Gesinnung, das man nicht geringschätzen darf.

Wenn wir so die Idee bekämpfen, als ob ungünstige Ausichten in Bezug auf unsre Wirtschaftsverhältnisse die jungen Männer dem Studium in die Arme trieben, so erscheint es uns auch fraglich, ob mit aller Macht auf eine Verminderung des Zudranges zu den Universitäten hingearbeitet werden müsse. Deutschlands Export von Gelehrten ist seit Jahrzehnten vorhanden -- sollte es nicht möglich sein, denselben noch mehr zu steigern? Wir erleben es täglich, daß überseeische Länder sich Professoren, Beamte und Lehrer aus dem deutschen Reiche holen, weil unser Sprachen- und Lehrtalent ein größeres zu sein scheint als das andrer Nationen. Und wenn nun der Deutsche an dem zwar nicht gewinnreichen, aber immerhin sein Auskommen und seine Lorberen bietenden Berufe, der Schulmeister für jedermann zu sein, Genüge findet, warum ihn daran hindern? Auch nationalökonomisch wirkt ein Abzug von Lehrkräften an das Ausland vorteilhaft. Fremde werden infolge dessen stets zahlreicher zu längerem oder kürzerm Besuche ins deutsche Reich strömen, der Export von Lehr-

mitteln, die wir so gut fabriziren, wird sich verstärken — kurz, man wird diese „Arbeitssteigerung in geistiger Hinsicht“ kaum zu beklagen haben.

Bei alledem bleiben natürlich Conrads Verbesserungsvorschläge zu Recht bestehen. Eine gewisse Beschränkung der Studentenzahl, deren Anwachsen durch die Richtung des unteren Schulwesens begünstigt wurde, dürfte immerhin am Plage sein. Die Perspektive, die wir eröffnet haben, kann natürlich nicht nach allen Seiten Abhilfe schaffen. So möchte auch die schon oft verlangte, vom Verfasser wieder aufs neue betonte gesetzliche Normirung einer verlängerten Studienzzeit sehr zweckmäßig sein, denn sie würde die Leistungen der Universitäten zu vollkommeneren gestalten. In dieser Richtung wäre die Nichtanrechnung des Militärdienstjahres zum Triennium gleichfalls eine der willkommensten Maßregeln.



Aus dem preußischen Landtage.



ie seit Jahren immer von neuem laut gewordene Klage über die Fruchtlosigkeit der parlamentarischen Debatten erhält neue Bekräftigung durch den Verlauf der Verhandlungen der gegenwärtigen Session des preußischen Landtages. Am 20. November v. J. wurde dieselbe eröffnet, und bis heute hat das Abgeordnetenhaus fünfzig Sitzungen abgehalten. Fragen wir nach dem positiven Ergebnis dieses halben hunderts von Arbeitstagen, so erhalten wir ein überaus geringes Maß an wirklich fruchtbarer Thätigkeit.

Die Redner der Opposition kommen selten über eine kleinliche Nörgelei gegenüber den Vorlagen und Maßnahmen der Regierung hinaus und berechnen ihre oratorischen Leistungen vorwiegend für ihren Anhang außerhalb der parlamentarischen Körperschaften; es sind zumeist Wahlreden, die wir im Abgeordnetenhaus zu hören bekommen, und derartige Reden zeichnen sich bekanntlich mehr durch ihre Länge als durch ihren sachlichen Inhalt aus. Der Reigen dieser agitatorischen Thätigkeit der Opposition wurde eröffnet durch den von Fortschrittlern und Sezessionisten unterstützten Antrag des Frankfurter Demokraten Stern, betreffend die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Kommunalvertretungen. Das war ein Antrag so recht geeignet, nur zu dem „Volke“ zu reden und ihm zu zeigen, welche „freiheitsfeindliche“ Regierung über Preußen gebiete. Da waren nicht nur die Fortschrittler mit ihrem Freunde, dem „guten“ Republikaner Stern, im